



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

97. Sitzung (öffentlich)

11. September 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

Der Ausschuss kommt überein, Tagesordnungspunkt 2 „Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen“ heute nicht zu beraten.

1 Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften **10**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/9829

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10200

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10934

Ausschussprotokoll 17/1093 (*Anhörung am 21.08.2020*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/10934 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die AfD-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/10200 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die AfD-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

Sodann stimmt der Ausschuss dem so geänderten Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die AfD-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

- 2 Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen** **25**
- Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8298
- Stellungnahme 17/2528
Stellungnahme 17/2666
Stellungnahme 17/2691
Stellungnahme 17/2742
Stellungnahme 17/2743
Stellungnahme 17/2749
Stellungnahme 17/2753
Stellungnahme 17/2816
sowie
Stellungnahme 17/2857
Stellungnahme 17/2916
Stellungnahme 17/2919
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage wird erwartet
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- wird nicht behandelt
- 3 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Lärmschutzverordnung Geilenkirchen** **26**
- Unterrichtung
des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/10794
- Vorlage 17/3807
- Wortbeiträge
- 4 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Prüfverordnung** **27**
- Unterrichtung
des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/10813
- Vorlage 17/3817
- Wortbeiträge

- 5 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung der Finanzhilfen gemäß Artikel 104b Absatz 1 des Grundgesetzes für Investitionen der Länder zur technischen Modernisierung der Gesundheitsämter und zum Anschluss dieser an das elektronische Melde- und Informationssystem nach § 14 Infektionsschutzgesetz** 29
- Unterrichtung
des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/10798
- Vorlage 17/3787
- Wortbeiträge
- 6 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten 2020“** 30
- Unterrichtung
des Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/10799
- Vorlage 17/3791
- Wortbeiträge
- 7 Wohnungsleerstände im ländlichen Raum mobilisieren – Verdrängung auf den städtischen Wohnungsmärkten abmildern** 31
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9802
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

8 Lebendige Städte – Innenstädte stärken 34

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/10637

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

9 Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts 35

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/9942

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

10 Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs: Solidarisches Bürgerticket als lokales Modellprojekt ermöglichen 36

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10628

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

- 11 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlagen 1 und 2]*) **37**
- Mündlicher Bericht
der Landesregierung
- Vorlage 17/3324
Vorlage 17/3560
Vorlage 17/3734
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 12 Heimat im Wandel** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **42**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3741
- keine Wortbeiträge
- 13 Fragwürdige Kandidaturen von AfD-Kandidaten bei der Kommunalwahl** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **43**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3842
- Wortbeiträge
- 14 Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung zum Heimatförderprogramm in Verbindung mit Fragen zum Datenschutz** (*Berichte beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5 und 6]*) **48**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3387
Vorlage 17/3555

in Verbindung mit:

Heimatsförderung der Landesregierung im Jahr 2019

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3388
Vertrauliche Vorlage 17/115

– Wortbeiträge

- 15 Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung zum Heimatsförderprogramm
in Verbindung mit Fragen zum Datenschutz** *(Berichte beantragt von der
SPD-Fraktion [s. Anlage 5 und 6])(nichtöffentliche Sitzung)*

50

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3387
Vorlage 17/3555

in Verbindung mit:

Heimatsförderung der Landesregierung im Jahr 2019

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3388
Vertrauliche Vorlage 17/115

– wird nicht behandelt

* * *

9 Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/9942

(Der Gesetzentwurf wurde am 26.08.2020 nach der ersten Lesung einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – federführend –, an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Unterausschuss Bergbausicherheit überwiesen.)

Johannes Remmel (GRÜNE) spricht sich insbesondere mit Blick auf den kommunalen Hochwasserschutz und die Trinkwasserbereitstellung für die pflichtige Beteiligung an der Anhörung im federführenden Ausschuss aus.

Guido Déus (CDU) spricht sich für nachrichtliche Beteiligung.

Stefan Kämmerling (SPD) schließt sich Johannes Remmel an.

Dr. Ralf Nolten (CDU) widerspricht Johannes Remmel, § 37 werde lediglich dergestalt geändert, dass nicht mehr vom Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung, sondern von der öffentlichen Trinkwasserversorgung zur Sicherstellung der Gesundheit der Bevölkerung gesprochen werde. Es gehe also um die Frage, wer Wasser für welche Nutzung zur Verfügung stelle. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft fordere gewiss den Vorrang für alle Nutzungen des Wassers. Es stelle sich die Frage, ob öffentliche Trinkwasserversorgungsunternehmen bei der Belieferung für andere Nutzungen wirklich Vorrang haben sollten und ob dies die pflichtige Teilnahme an der Anhörung tatsächlich rechtfertige.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

